



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

194 (28.4.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-229205](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-229205)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung drei in Haus oder durch die Post monatlich R.-M. 2,50 ohne Postgebühren. Bei Fernsendung des wöchentlichen Verzeichnisses Nachzahlung vorbehalten. Postamt Nr. 17600 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle H. 6, 2. — Geschäfts-Nebenstellen Waldstraße 6, Schwegelstraße 24, Meerfeldstraße 11. — Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Geschäfts-Nebenstellen: 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945. Fernsprech-Nr. 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro Linie wöchentlich für 4 Wochen. — Geschäftsstand Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Stresemann über den Berliner Vertrag

Vor neuen Entscheidungen in Polen

(Von unserem Warschauer Vertreter.)

Die logische Ergänzung von Locarno

Der Berliner Korrespondent der Haupt-Pressen labelt seinen Wählern eine Unterredung mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den eben abgeschlossenen Vertrag mit Rußland. Darin äußert sich Dr. Stresemann auf bestimmte formulierte Fragen des Korrespondenten, daß nach seiner Auffassung die polemischen Ausführungen der Presse gewisser Länder, die den Locarno-Vertrag unterschrieben hätten, zum größten Teil auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen werden könnten. Polen insbesondere habe keine Veranlassung, sich durch die Verständigung bedroht zu fühlen. Im Gegenteile, die von Berlin nach Moskau durch den Vertrag geschlossene Brücke dürfe sich als bessere Sicherung des Friedens für Europa und damit auch für Polen erweisen, als die polnischen Truppen, die heute an der russischen Grenze Wacht hielten. Im übrigen sei die russische Regierung gern bereit, einen gleichen Vertrag mit Polen abzuschließen. Die Auslegung des Artikels 16 sei auch innerhalb der gegenwärtigen Mitglieder des Völkerbundes nach in manchen Punkten Gegenstand der Erörterung. Die deutsch-russischen Abmachungen erschienen Dr. Stresemann als die logische Ergänzung von Locarno, und er würde es begrüßen, wenn der gleiche Gedanke weiteren Widerhall in der Welt finden werde.

Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge schließt man aus der Fassung des Vertrages auf eine verlässliche Verpflichtung Berlins, das Stimmrecht im Völkerbund nicht zu Ungunsten Moskaus auszuüben. Das Stimmrecht sollte aber ein gänzlich ungebundenes sein. Artikel 1 könne nur bedeuten, daß Deutschland, wenn es Mitglied des Völkerbundes sei, mit Rußland über seine Haltung im Völkerbund Rat pflegen werde. Weiter sei zu fragen, ob Deutschland sich im Falle eines Konflikts zwischen Deutschland und Rußland und zwischen Polen und Deutschland dem Schiedsgericht des Völkerbundes schliessen werde.

Pariser Kommentare zum Berliner Vertrag

Die Pariser Dienstag-Nachmittagspresse nimmt weiterhin Stellung zu dem deutsch-russischen Vertrag. In der „Liberté“ erklärt Rainville: Während die Alliierten ihre Guthaben und Schulden regeln und die Gläubiger Frankreichs mit diesem Lande das wiederholen, was sich schon in der Reparationsfrage ereignet habe, werde die Lage mehr und mehr für Deutschland günstiger und erträglicher, sobald schließlich Deutschland der gewinnende Teil in diesem abschuldigen Prozeß unter den ehemaligen Freunden sein werde.

Besonders scharfe Kritik übt der „Temps“ an dem veröffentlichten Vertragswortlaut. Der Wortlaut der beiden angehefteten Briefe rechtfertige durchaus das Mißtrauen, das die Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau erweckt hätten. Nach den bekannten Verdächtigungen wegen der Doppelzüngigkeit Deutschlands kommt der „Temps“ zu dem Schluß, daß Deutschland sich durch die aufeinanderfolgende Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und des deutsch-russischen Abkommens die Möglichkeit habe vorbehalten wollen, in der Schicksalsstunde zwischen dem Westen und dem Osten zu wählen. — An anderer Stelle bezeichnet das Blatt den Vertrag als eine internationale Fälschung.

Etwas ruhiger äußert sich das „Journal de Débats“. Es hält das deutsch-russische Abkommen mit dem Locarno-Vertrag für vereinbar, nicht aber mit dem Völkerbundsvertrag, weil sich Deutschland nicht das Recht vorbehalten könne, darüber zu urteilen, ob Rußland im Falle eines Konfliktes der Angreifer sei oder nicht. Trotzdem zeige das Abkommen einen Geist, der die Mitunterzeichner von Locarno und alle anderen Mitglieder des Völkerbundes zum Nachdenken veranlassen dürfte. Man müsse sich sogar die Frage vorlegen, ob das Genfer Sekretariat den Berliner Vertrag auf Grund des Artikels 18 des Völkerbundsvertrages registrieren dürfe, ohne den Artikel 20 zu verletzen.

Französische Stimmungsmache von Berlin und London aus

Y Paris, 28. April. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die „Zeit Parisien“ von besonderer Seite aus London mitgeteilt wird, vertritt man im Foreign Office die Meinung, daß es im Grunde genommen nicht nötig wäre, den als Wirtschaftsvertrag zu betrachtenden Rapallovertrag zwischen Deutschland und der Sowjetregierung durch eine Vereinbarung politischer Natur, wie es der Rückversicherungsvertrag ist, zu ergänzen. Eine derartige Ergänzung sei nur dann zu erklären, wenn der Rapallovertrag geheime Abmachungen enthalten habe. Hierüber werden im englischen Außenamt genaue Untersuchungen eingeleitet. Hinsichtlich der Neutralitätsklausel, die in dem deutsch-russischen Vertrag enthalten ist, zeigt man sich, dem „Zeit Parisien“ zufolge, im englischen Außenamt sehr verstimmt. Artikel 3 des Vertrages löse Beunruhigung ein.

Der Berliner Berichterstatter desselben Blattes meldet, man bezweifle in einflussreichen deutschen Kreisen die Möglichkeit, den Vertrag zwischen Deutschland und Rußland mit der Völkerbundsvereinbarung in vollem Einklang zu bringen und glaube, daß eine russisch-deutsche Politik die Aktion des Völkerbundes in einem kritischen Falle vollkommen unterbinden würde. Als eigene Information gibt der Berliner Korrespondent des „Zeit Parisien“ die Nachricht, daß die Sowjetregierung und Litauen fordern einen Korrelationsvertrag zu dem deutsch-russischen Vertrag geschlossen hätten. Ferner verbreitet man heute in der Boulevardpresse das Gerücht von einer bevorstehenden Reise Stresemanns nach Moskau und von einer Erweiterung dieses Besuchs des deutschen Außenministers durch Tschichserin im Monat Oktober in Berlin.

Letzte Meldungen

Rückgang der Arbeitslosigkeit

— Berlin, 28. April. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsbekämpften in der Erwerbslosenfürsorge ist von 1942 000 am 1. April auf 1884 000 am 15. April, mithin um 3 Prozent, zurückgegangen.

Verurteilte Kommunisten

— Leipzig, 28. April. Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete und Schriftsteller Rasowitski wurde vom Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 9 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, ferner der Redakteur Willi Gäßler aus Hamburg wegen Verbreitung von Artikeln, die zum bewaffneten Aufstand aufforderten, zu einem Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Die deutsch-dänischen Vorverhandlungen. In Kopenhagen nahmen die deutsch-dänischen Verhandlungen über die Befestigung des Popskumwanges zwischen Deutschland und Dänemark am Dienstag ihren Anfang. Zwei Vertreter der deutschen Reichsregierung sind zu den Verhandlungen eingetroffen.

* Die französischen Schulden an England. Nach dem „Matin“ hat sich Frankreich verpflichtet, in diesem Jahre an England eine Anzahlung von 5 Millionen Pfund für die französischen Kriegsschulden an England zu leisten.

Politische Voraussetzungen sind wie Wetterprognosen, b. h. ob sie eintreffen, das ist eine Sache für sich. Die jüngste polnische Krise machte da eine Ausnahme. Ihr Eintritt war seit langem angekündigt wie eine Festspielmode; nur allenfalls das Programm konnte Ueberbroschungen bringen; und so geschah es auch.

Das seit November im Amt befindliche Kabinett Strzymski beruht auf der Koalition von fünf Parteien. Dazu gehören zwei Parteien der Rechten: die Nationaldemokratie und die Christlichen Demokraten; eine Partei der Mitte: die Bauernpartei Piast, geführt von Witos, dem westgalizischen Dorfvoigt, der bereits zweimal zur Würde des Ministerpräsidenten emporgeschritten ist; und zwei Linksparteien: die Nationale Arbeiterpartei und die Sozialistische Partei. Die Belegenenamen sind, die Sozialisten, zeigten längst unzweideutig, daß sie die Krise nicht mehr mitmachen wollten und zwar die geeignete Station abwarteten, um auszuweichen. Der Zeitpunkt dafür war durch ein Nicht-zu-früh und ein Nicht-zu-spät beiderseits so deutlich begrenzt, daß eben, wie es sagt, die Wetterfunde leicht fiel. Das Nicht-zu-früh traf auf die ersten Tage des März. Bis dahin nämlich lief die Option einer amerikanischen Finanzgruppe, des Bankers Trust, mit dem der Finanzminister Jdzichowski über eine 100 Millionen-Anleihe gegen Pfandpacht des staatlichen Tabakmonopols verhandelte. Diese Anleiheverhandlungen aber berührten den Defensivzweck der Koalitionsregierung in der Wurzel, so sie waren mehr oder minder identisch mit diesem Zweck.

Aber dieser Zweck blieb unerreicht. Die Optionsfrist lief ergebnislos ab, und so befand man sich nach vier Monaten genau an der gleichen Stelle, an der man begonnen hatte.

Es ist der sozialistischen Partei vom polnischen Standpunkt aus nachzuräumen, daß sie auch nach auf andere Staatsinteressen Rücksicht genommen hat. Man stand im März gerade vor Genf, und hatte die P. P. S. (die Polnische Sozialistische Partei) den Finanzminister für seine Anleihezwecke unterläßt, so wurde nun auch der Chef der Regierung, Strzymski selbst, in seiner Eigenschaft als Außenminister in seinen politischen Absichten im Völkerbund von der Partei gefördert. Danach verging noch ein Monat. Das „Nicht-später!“ war da. Es ist dies der Monat Mai mit seiner Maifeier und seinen Straßendemonstrationen, die sich in ihrem Ausmaße noch nicht recht absehen lassen; die Sozialisten aber wollen in diesem Zeitpunkt die verantwortlichen Mitglieder der blauen Mäntel mit ihren scharf geladenen Karabinern durchaus nicht mehr sein, denn abgesehen von ihrer Gouernementalität ihnen ständig zugunsten des Kommunismus Abbruch.

Damit war also das Ende der Koalition oder doch ihr Abbröckeln vom äußersten linken Flügel her zeitlich fixiert. Am 20. April war es so weit. Die P. P. S. zog ihre beiden Minister aus dem Kabinett zurück, die Krise war faktisch eröffnet. Aber, wie schon gesagt, ihr programmatischer Verlauf konnte Ueberbroschungen bringen und brachte sie. Die P. P. S. rechnete fest darauf, daß nach dem Abfall einer Gruppe der Koalition sofort die ganze Regierung zurücktreten würde. Hierüber aber waren die Zurückgebliebenen unter sich anderer Meinung geworden. Zwei Passagiere sind ausgeflogen, — nun gut, so fährt der Kutscher eben mitsamt dem andern ohne sie weiter. Das wurde technisch in folgender Art gemacht. Da Strzymski nämlich, infolge seiner politischen Verhandlungen, gemäß seinem deklarierten Pazifismus und somit auch in seinen Berechnungen für die Zukunft zu besonderen Rücksichten gegenüber der P. P. S. gezwungen ist, so zog er, höflich und korrekt, aus dem Rücktritt seiner linken Genossen alsbald die Konsequenz; er bot seinen eigenen Rücktritt und damit die Gesamtdemission des Kabinetts an. Aber eine erbetene Demission muß ja auch bewilligt werden. Und da war vorgefertigt, daß es nicht geschah. Der Staatspräsident lehnte die Demission ab. Große Enttäuschung bei den Vorgeschiedenen, die sich die Folge ihres Abgangs pompöser gedacht hatten. Aber vorderhand gedankt man nun ohne sie fertig zu werden.

Dies sind die Begebnisse des Augenblicks und des Vordergrundes. Das Kumpfkabinett Strzymski bleibt als Uebergangsregierung, zur Erledigung der Staatsnotwendigkeiten, zur Ueberwindung der Malaise. Aber was dann weiter? Hier Augen richten sich auf diese so nahe Zukunft, und wenn das Verfahren des Staatspräsidenten im Bande zumeist Billigung erfährt, so hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, daß es wirklich überflüssig gewesen wäre, die Verantwortlichkeit einer Regierungsneubildung schon jetzt heraufzubeschwören, da sie in ersterer Art doch ohnehin demnächst bevorstehen müssen. Wäre Strzymski mit seinem Kabinett jetzt von der Bildfläche verschwunden, so hätte man, schon weil tiefergreifende Entschlüsse noch nicht reif sind, irgendein Komitee, ein Beamtensministerium oder dergleichen zusammenstellen müssen. Es scheint verständlich, daß man dieses Ueberflüssige sich nun erspart.

Englische Beunruhigung über den Vertrag von Berlin

London, 28. April. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die heute vorliegenden Äußerungen führender englischer Blätter der Regierungspartei bestätigen den Eindruck in diplomatischen Kreisen, daß der Rußlandpakt bei den alliierten Regierungen, einschließlich Englands, trotz der deutschen Versicherungen schwere Beunruhigung hervorruft. Der veröffentlichte Text mit dem Rotenmehlselbst steht den juristischen Ratgebern der britischen Regierung zur Verfügung vor. Wahrscheinlich werden, wenn dieses Gutachten fertiggestellt ist, gemeinsame Schritte der Alliierten erfolgen, die über einzelne Punkte Aufklärung verlangen werden. Erst nach deren Beantwortung wird voraussichtlich über weitere Schritte der Alliierten beschlossen werden.

Daß man sich in britischen Kreisen wohl den Bedenken Frankreichs, Polens und der kleinen Entente anschließt, geht aus einem Leitartikel des führenden Organs der Regierungspartei, der „Times“ hervor. Das Blatt sagt, der Abschluß dieses Paktes an sich sei kein Grund zu Besorgnissen, aber nur eine lange und sehr sorgfältige Prüfung könne ergeben, ob er mit der lokalen Ausführung des Locarnopolitiks vereinbar sei. Weiter fragt es sich, ob das Wort Frieden in der Einführung des Aufhörens des Klassenkampfes in Rußland bedeutet. Das Blatt findet es schwer verständlich, warum der Vertrag von Rapallo, der rein wirtschaftlichen Charakter trug, als Basis eines politischen Vertrages von viel weierem Umfang werden konnte. Man könne die Versicherung annehmen, daß keine Geheimnisse mit dem Aufnahmepakt verbunden sei. Es sei aber an der Zeit, daß die deutsche Regierung klar darlege, ob der Rapallovertrag Versicherungen politischer Art enthält, welche im veröffentlichten Text nicht definiert werden. Ohne eine solche Erklärung sei Artikel 1 des Rußlandpaktes unverständlich. Bezüglich des Artikels 2 erklärt das Blatt, ein bewaffneter Angriff auf Rußland oder Deutschland sei äußerst unwahrscheinlich. Artikel 3 werfe große Streitfragen auf. Der in der diplomatischen Sprache nicht übliche Ausdruck Boykott entspreche der Mentalität der Sowjetregierung. Eine Koalition zum wirtschaftlichen und finanziellen Boykott Rußlands sei äußerst unwahrscheinlich. Die Bolschewisten aber betreiben einen solchen Boykott gegen die Wirtschaftssysteme aller Länder einschließlich Deutschlands vor. Vielleicht wolle Deutschland im Völkerbund als Waffner für eine in Schwierigkeiten befindliche Sowjetregierung auftreten. Der Rußlandpakt schaffe eine neue Lage in Osteuropa und wenn Deutschland es für nötig befinden habe, seine Verpflichtungen unter dem Locarnovertrag dem Vertrage von Rapallo anzupassen, so müßten die Westmächte es ermaßen, wie weit es für sie nötig sei, ihre Abmachungen von Locarno dieser offensichtlich veränderten Lage anzupassen.

Die Agrarkrise vor dem Preußenparlament

Berlin, 28. April. (Von unserem Berliner Büro.) Im Landtag bildete auch gestern noch die Agrarkrise den Gegenstand der Aussprache. Landwirtschaftsminister Dr. Siegel entwarf ein Bild von dem Stand der Dinge in den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft. Als besonders bedroht schilderte er den Kartoffelbau, der, da der innere Markt seine Erzeugnisse nicht aufnehmen vermag, auf die Ausfuhr angewiesen sei. Der Minister ging weiter auch auf die verschiedenen Vorschläge ein, die der zunehmenden Verschuldung auf dem Lande einen Abbruch verschaffen sollen. Was zum gleichen Thema der Volksparteiler Kaiser an Anregungen vorzutragen hatte, deckte sich in seiner Tendenz so ziemlich mit der Auflosung der Regierung.

Ueber die Lage der Landarbeiter wurde von sozialdemokratischer Seite lebhaft Klage geführt und nachgewiesen versucht, daß namentlich in Ostpreußen und Schlesien geradezu traurige Zustände herrschten. Die Deutschnationalen, denen der Redner vorwarf, sie hätten 84 000 ausländische Landarbeiter über Winter durchgeführt, ließen sich auf solche Einzelheiten nicht ein, sondern wiederholten, was zu versichern sie auch im Reichstag nicht müde werden, daß durch den Druck der Steuererhebung die Landwirte den Ruin ausgehandelt würden.

Der schleswiger Demokrat Hoelsch empfahl das amerikanische Vorbild. Heute will man uns Abstimmungsgeheiß geben.



Denn was jene weitergehenden Pläne anlangt, so treibt man ihnen in jenem Tempo entgegen, in dem die Not des Landes wächst. Die Besorgnisse vor den Wahlen übertrieben; man kann wohl allenfalls mal, wie im vorliegenden Fall, eine Regierungsbildung nach dem Terminale der anstehenden, aber revolutionäre Erschütterungen richten sich gemeinhin nicht nach dem Fahrplan. Immerhin ist mit zunehmenden Spannungen als dauernder Erscheinung zu rechnen, wobei denn unerwartet der Funke ins Pulver fallen kann. Und da erdicht denn, wie in aller Welt üblich, der Ruf nach der „starken Hand“. Ein Parlament ist jedenfalls nur im Wege. Zwar fehlt eine einzelne überlegende Persönlichkeit, der es gelingen könnte, sich die ausschlaggebende Gewalt übertragen zu lassen. Statt ihrer soll es darum ein Triumpvirat sein: Reiche, Mitte und Linke wären darin durch je eine führende Persönlichkeit vertreten. Man denkt an die Nationaldemokraten Drowoff oder Stanislaw Grabski, für die Mitte an den oben erwähnten Wios, für die Linke an den Marschall Illubetzki. Ein der Form nach reguläres Gesamtministerium wäre damit nicht unvereinbar, nur würde die Entscheidung eben allein bei dem Direktorium der Drei liegen.

So steht man, oder so sehen doch jedenfalls viele die nächste Entwicklung hinter den Augenblicksbedingungen des Tages. Gewiß wird man dabei nicht vergessen dürfen, daß erfahrungsgemäß alles anders kommt als es überreden, Plänen, Konspirationen zufolge kommen soll. So wird man vermutlich gut tun, auch die Konzeption einer mehr oder minder offenen, mehr oder minder verbüllten Diktatur nur als eine der Energien, wenn auch der stärksten, anzusehen, die die hiesige Entwicklung gestaltend beeinflussen können. In Gegenströmungen kann und wird es nicht fehlen, und erst auf der Mittellinie werden wir der Wirklichkeit entgegenkommen.

Eines ist freilich deutlich, das bisherige Sich-treiben-laffen von Woche zu Woche, von Monat zu Monat kommt an sein Ende. Vor allem aus Geldgründen! Die Staatskassen sind geleert, die Steuerquellen verfliegen, die Inflation steht vor der Tür. Denn es ist ja jetzt bereits Inflation, was Drowoff in dieser Woche ankündigen mußte: die Neuemission von 20 Millionen ungedeckter Kleingeldscheine und die Herabsetzung der kassenmäßigen Deckung in der Bank Polski für die Sozialbanknoten. Die noch im Dezember verkündete Lösung: „Wien hilft sich finanziell selbst!“ muß damit wohl als gescheitert erscheinen. Verhandlungen mit der Auslandsbank auf neuer Basis, und zwar vermutlich über Genf, stehen damit demnächst bevor. Dieser Schritt aber, der nach den bisherigen Erfahrungen und Informationen nur dann Erfolg versprechen könnte, wenn dem Zustande eine Finanzkontrolle eingeräumt wird, ist zur Zeit noch innerpolitisch sehr erschwert. Denn er ist als mit dem Staatsprestige unvereinbar zu lange und zu sehr verteuert worden. Daher in der Tat bedürfte es nun wohl einer gewissen Stärke nach innen, um einen solchen Kurs nach außen wagen zu können. Auch unter diesem Gesichtspunkt aber sind jene Pläne direktorialer Art ungewisslich interessant.

Der wichtigsten Entscheidung! Das ist unferntbar die Signatur des Augenblicks.

Die gestrige Reichstagsitzung

Berlin, 28. April. (Von unserem Berliner Büro.) Nun ist auch, nachdem die Ausschüsse eine Woche harten Kampfes hinter sich brachten, die öffentliche Debatte für das Reichstagsplenum zu Ende gegangen. Weltweit, da man zum ersten Mal wieder versammelt war, herrschte jene trügerische Stille, die nur zu oft dem Sturm voranzugehen pflegt. Der kann womöglich heute schon losbrechen. Neben dem Duelle der Parteien, das gestern nicht zur Beratung kam, da die Fraktionen sich noch über Einzelheiten unterhalten wollten, steht nämlich das aus dem Volksbegehren herorgegangene Entzifferungsgesetz auf der Tagesordnung. Es dürfte bei der Besprechung kaum ohne lärmende Begleitmusik abgehen. Sicherlich werden die Kommunisten die Situation nach der agitatorischen Seite hin weitlich auszunutzen. Aber auch von den Sozialdemokraten sind scharfe Angriffe auf die Regierung zu erwarten, die in dem Kommentar zu dem Gesetzentwurf sich in nicht mißzuverstehender Weise gegen dessen Tendenz gewandt haben. In parlamentarischen Kreisen nimmt man indes an, daß die Debatte vielleicht schon in zwei Tagen erledigt werden kann. Die Kompromißparteien dürften kaum das Bedürfnis zu längeren Auseinandersetzungen verspüren. Sie werden vermutlich in einer gemeinsamen Erklärung ihren Standpunkt wahren und im übrigen der Opposition das Feld überlassen. Optimisten sind sogar der Auffassung, daß es gar nicht erst zur Ueberweisung des Entwurfs an den Rechtsausschuß komme, sondern daß der ersten Lesung gleich die zweite sich anschließen wird und daß, da die Ablehnung der Vorlage einschließlich ihres Titels so gut wie gewiß ist, eine dritte Lesung sich erübrigen werde.

Eine umfangreiche Diskussion im Rechtsausschuß, wie sie Sozialdemokraten und Kommunisten wohl herbeiwünschten, wäre ja auch unnötige Zeitverschwendung, da man die Materie eingehend genug durchgesprochen hat, und auf der anderen Seite ja gerade auch den Abgeordneten des Volksbegehrens an einer Beschleunigung der Angelegenheit gelegen sein muß. Sobald nämlich das Entzifferungsgesetz im Plenum abgelehnt ist, wird die Bahn für den Volksentscheid frei. Es heißt, daß der zweite Juniersonntag zum Wahltag festgesetzt werden wird.

Die gestrige Sitzung selbst war der Kritik der Arbeitsgesetze gewidmet. Die Vorlagen, die nur eine Etappe auf dem Wege der Ausgestaltung des Arbeitsrechts darstellen, wurden von Minister Brauns kurz erläutert und erfahren allgemein eine wohlwollende Beurteilung. Das Gesetz ging nach mehrstündiger Debatte an den sozialpolitischen Ausschuß.

Bereits gestern ließ man im Reichstag, als die ersten Gerichte über die demokratische Arbeit durch die Wandelhalle flatterten, auf allerlei Kabinettreden und Bedenken. Die heutige Tagespresse bringt dann Abzüge auf Abzüge. Das hängt schon bei der Sozialdemokratie an. — Der „Vorwärts“ meint knapp und kühl: „Es wäre notwendig, daß der Entzifferungsentwurf mit dem demokratischen Abänderungsantrag vom Reichstag angenommen würde. Für eine solche Annahme besteht aber keine Aussicht.“ Die „Tägliche Rundschau“, die in den Ständen wohl die Auffassung der Deutschen Volkspartei, wenigstens eines beträchtlichen Teils von ihr wiedergibt, meint: „Tatsächlich stellt der demokratische Antrag eine Begünstigung des Volksentscheids dar, da der Zusatzparagraph nur dazu geeignet ist, vorzuzugreifen auf die Abklärung der Abänderungen einzuzuwirken. Bringt die Demokratie tatsächlich einen solchen Zusatzparagraphen ein, so wird sich daraus eine politische Kompilation erster Art ergeben. Praktische Bedeutung kommt dem Antrag nicht zu. Er kann nur mit dem Entzifferungsentwurf zusammen angenommen werden, bedürfte also auch einer Zweidrittelmehrheit, die vollkommen ausgeschlossen ist.“

Was diese Kompilation erster Art spielt, bedeutet auch die „Germania“ an. Sie hält geradezu die Regierungskoalition für gefährdet, wenn es in der heutigen Sitzung der interfraktionellen Ausschüsse nicht gelingt, die Regierungsparteien auf eine gemeinsame Basis zu bringen.

Das Zentrum würde jedenfalls diesem Antrag nicht beipflichten, weil sein Ausgangspunkt immerhin das Begehren auf radikale entschuldigende Entzifferung verläuft.

Für die Deutschnationalen ist es natürlich ausgemacht, daß die Demokratie den Kommunisten und Sozialdemokraten Verspannungslinien liefern sollen. Das ist nach unserem Gefühl übertrieben. Dennoch wird eine gewisse Unsicherheit und ein Schwanken in der Haltung der Demokraten sich nicht abstreiten lassen. Die Führung des Frfr. v. Richterstein erweist sich nicht gerade als glücklich für die demokratische Fraktion.

Die innerpolitische Krisis wegen der Fürstenabfindung

Berlin, 28. April. (Von unserem Berliner Büro.) Die Beratungen im Reichsausschuß sind gestern wieder aufgenommen worden, aber man kann nicht finden, daß nun ein günstiger Stern über dem Fürstentompromiß strahlt. Zwei Paragraphen hat man durchgesprochen. Bei dem einen kam man wieder zu dem salomonischen Entschluß, die Beschlußfassung bis zur dritten Lesung auszusetzen. Bei dem anderen, der die Richtlinien für die Trennung von Staatsvermögen und Privatbesitz der Fürsten festsetzt, wünschten, ließ die Sozialdemokratie durch Dr. Rosenfeld erklären, sie würde, nachdem man ihre Abänderungsanträge abgelehnt hätte, bei der Gesamtbeschlußfassung gegen ihn, den § 5 nämlich, votieren.

Das ist gerade kein erfreuliches Omen und man wird es begreifen, daß allmählich auch lebhaftere Optimisten den Mut sinken lassen. Wollte man in parlamentarischen Kreisen der Auffassung, der Entwurf der Regierungsparteien würde sabotiert. Das wird schon stimmen; aber von wem? Darüber gehen auch bei den Kompromißparteien die Meinungen auseinander. Ganz allgemein verstärkt sich der Eindruck, daß man selbst im Reichstag nicht alleinhaben weiß, was eigentlich auf dem Spiele steht. Manche behaupten, die Deutschnationalen gingen jetzt aufs Ganze, sie wollten das Kompromiß zu Fall bringen und hoffen, indem sie nun im Verein mit anderen Gruppen und Verbänden eine umfangreiche Agitation gegen den Volksentscheid einleiten, diesen zum Nulldasein zu treiben. Möglich immerhin, daß die Rechnung diesmal nicht trägt, daß Kommunisten und Sozialdemokraten nicht wieder wie im Vorfrühling bürgerliche Reformen herauslösen und an dem Sonntag des Wahltags keine 20 Millionen Stimmen zusammenbrächten. Dann blieben Beunruhigung und Unzufriedenheit zurück und die Demagogen fänden erst recht ein weiches Feld, um Drohsprüche zu tun. Wenn man aber falsch kalkuliert, wie man schon einmal falsch kalkuliert hat: Was dann? Dann stehen wir, wie wir schon gestern andeuteten, zunächst vor einer „Regierung“, wie einer „Präsidentenkrise“ im Reich. Denn weder die Mitglieder des Kabinetts Luther noch Hindenburg sind in der Lage, unter dem Volksbegehren zugrunde liegenden Gesetzentwurf ihren Namen zu legen. Gewiß, man kann, wenn schon mühselig genug, ein neues Ministerium bilden, man wird, indem man abermals den Kleriker auswählt, wohl auch noch einen anderen Reichspräsidenten finden können, was jedoch die bisherige Teilweise zur Reichskrise erweitern müßte. Ohne mit Prophezeiungen ausgerüstet zu sein, darf man schon heute sagen, daß Bayern die Ausschöpfung der entschuldigenden Entzifferung der Familie Wittelsbach verweigern wird. Wie will man es zwingen? Denkt man im Ernst an eine Reichsregierung? Soll etwa die Reichswehr marschieren? Von einem demokratischen Reichsminister hören wir dieser Tage das Wort: „Es ist die schwerste Krise, die seit ihrem Bestehen über die junge Republik heraufgezogen. Wer sich einmal Mühe gibt, alle Möglichkeiten bis zum Ende durchzudenken, wird das nicht bestreiten können.“

Demokratischer Antrag zur Fürstenabfindung

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ teilt mit: Da die Ausschüsse an ein Zustandekommen eines annehmbaren Kompromisses in der Fürstenabfindungsfrage sich stark vermindert haben, besteht bei der demokratischen Reichstagsfraktion die Absicht, aus Anlaß der Beratung des sozialpolitisch-kommunistischen Gesetzentwurfes über die entschuldigende Fürstentrennung einen Antrag vorzulegen, demzufolge die Länder das Recht erhalten sollen, den früheren Fürstenfamilien eine Abfindungssumme zu zahlen. Dieser Antrag soll als Abänderungsgesetz zum Volksentscheid gelten. Er wird mit zum Volksentscheid gestellt, wenn er im Reichstag mit einfacher Mehrheit angenommen worden ist.

Kritik des Antrags

Berlin, 28. April. (Von unserem Berliner Büro.) Die Demokraten haben mit ihrem dem demokratischen Zeitungsdienst angelegten Initiativantrag ohne Frage einen Ausweg zu bahnen versucht, der an der Gefahr entschuldigender Entzifferung vorbeiführt. Dafür spricht aber schon die Haltung, die die demokratischen Minister in der Frage der Fürstenabfindung einnehmen. Jedes ist schon jetzt festzustellen, daß sie den Zweck, den sie im Auge hatten, nicht erreichen werden.

Der Antrag des Sparenbundes auf ein Volksbegehren

Unter dem Kennwort „Sparenbund Dr. Veit“ ist am Dienstag dem Reichsinnenministerium der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens zwecks Abänderung des Aufwärtungsgesetzes vom 16. Juli 1925 eingereicht worden.

Gemäß dem Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid mußten dem Antrag 3000 Unterschriften beifolgt werden. Das Reichsinnenministerium wird nun die Gültigkeit dieser Unterschriften zu prüfen haben und dann eine weitere Entscheidung über Zulassung oder Ablehnung des Volksbegehrens fällen.

Held in Opposition

Von volksparteilicher Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Es ist immer gefährlich, wenn aus dem Munde eines Staatsmannes der Vorname spricht, eine Möglichkeit, die ja auch in Deutschland besteht, lebten wir zum parlamentarischen Regime übergegangen sind. Es ist gefährlich, wenn Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, gebührend und ungeschönt Kritik an der deutschen Reichsregierung äußert, weil er in der Reichsregierung den Ausdruck republikanischer Stimmung vernimmt. Es ist aber nicht minder gefährlich, wenn Dr. Held, der bayerische Ministerpräsident, gegen die deutsche Außenpolitik Opposition macht und die meisten Linien durchkreuzt, die die verantwortlichen Staatsmänner der Reichsregierung für die richtige halten.

Der bayerische Ministerpräsident hat auf der Tagung des Bundesausschusses der Bayerischen Volkspartei in Regensburg den Bälterbund als ein Instrument der Siegerstaaten bezeichnet, um uns an die Wand zu drücken. Er hat gemeint, Deutschland könne außerhalb des Bälterbundes keine Interessen viel härter geltend machen als innerhalb dieser Körperschaft. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es in Deutschland das Recht des Staatsbürgers ist, eine solche Meinung zu vertreten. Man kann dagegen sehr gemündete Gründe ins Feld führen. Man kann darauf hinweisen, daß die bisher erlangenen, gewiß nicht übermäßigen aber doch sichtbaren Erfolge der deutschen Außenpolitik auf der Basis erzielt worden sind, die uns nach Vercorno geführt hat und über Vercorno in den Bälterbund führen soll. Es gibt in Frankreich und Italien Stimmen genug, die in dieser Entwicklung einen Triumph Deutschlands auf Kosten der französischen Machtstellung sehen. Das mag sehr hart übertrieben sein, aber es ist sicher, daß in Frankreich starke Kräfte nur auf den Augenblick leuere, in dem sie die Vercornopolitik revidieren und die Zwangsposition wieder zur Geltung bringen können. Wenn man dieser Gefahr die Augen nicht verschließt, so wird man es unbedingt für richtig halten, daß die deutsche Regierung an ihrer Vercorno- und ihrer Bälterbundspolitik festhält, um nicht von sich aus die Position zu schwächen, die uns zur Erringung weiterer Erfolge dienen soll. Es heißt also gerade gegenwärtig nichts für die Wichtigkeit der Auffassung, Deutschlands Interesse sei durch eine Abfolge an den Bälterbund am besten gewahrt. Wer aber der gegenwärtigen Meinung ist, er mag sie ruhig aussprechen!

Nur für den vorantretenden Staatsmann gibt es in dieser Beziehung Schranken, die nicht überschritten werden dürfen. Der Reichsfürst hat bei der letzten außenpolitischen Reichstagsbe-

ratung vor Otern nochmals mit aller Entschiedenheit betont, daß die Regierung den Eintritt Deutschlands in den Bälterbund weiter verfolge, weil sie der Ansicht sei, daß Deutschland auf diese Weise mehr erziele, als wenn es draußen liege. Der bayerische Ministerpräsident vertritt in einer öffentlichen Rede genau den entgegengesetzten Standpunkt. Man mag einen solchen Gegensatz denken wie man will — der Eindruck wird auf jeden Fall schädlich wirken. Wenn man sich fragt, daß der deutsche Reichsfürst und der deutsche Außenminister in dieser wichtigen Frage der deutschen Außenpolitik von dem Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Landes bekämpft werden, so muß durch das Vertrauen in die Festigkeit der deutschen Reichspolitik im Auslandes geschwächt werden. Wird aber aus der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten gefolgert, es könne unmöglich — besonders nach dem jüngsten Besuche des Kanzlers in München — ein solcher schwerwiegender Gegensatz bestehen und das Reichskabinetts müsse wohl insgeheim mit Herrn Held einverstanden sein, so ist die Wirkung nicht minder schädlich. Es wird dann wieder allen jenen allen Aufschuldigungen wegen angeblicher Ineffizienz der deutschen Politik neue Nahrung gegeben und das muß doppelt bedauerlich in einem Augenblicke erscheinen, in dem die deutsche Regierung mit dem deutsch-russischen Vertrage in die Öffentlichkeit tritt und sich gegen Verächtlungen und Antrügen zu kämpfen hat. Ob man das Echo der Regensburger Rede so oder so betrachtet — es bleibt außenpolitisch immer schädlich. Daraus ergibt sich am besten, wie unhaltbar es ist, zwischen dem Reichsminister Dr. Held und dem bayerischen Ministerpräsidenten unterschieden zu wollen. Dr. Held hat schon einmal bei einer früheren Gelegenheit diesen Unterschied zu machen versucht. Damit war damals der Schaden ebensoviele größer zu machen, wie er es diesmal sein wird.

Man wird wohl annehmen können, daß die Reichsregierung ihren Standpunkt dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber wahrten wird. Das ist bereits am Montag in der Sitzung des Reichsausschusses des Reichspräsidenten geschehen. Die Sitzung war einberufen, um den deutsch-russischen Vertrag vorzulegen. Es ist aber außerdem durch den Reichskanzler eine Erklärung der Reichsregierung vorgetragen worden, die sich scharf gegen das Verhalten des bayerischen Ministerpräsidenten richtet und die bei den Vertretern aller übrigen Länder Anklang gefunden hat. Es ist den Ministerpräsidenten der Länder reichlich Gelegenheit gegeben, den Einspruch auf die Außenpolitik des Reiches geltend zu machen, sei es im Reichstag selbst oder in den Konferenzen der Ministerpräsidenten, die stets vor außenpolitischen Entscheidungen einberufen werden. Am übrigen aber muß die Führung der Außenpolitik den verantwortlichen Staatsmännern der Reichsregierung überlassen bleiben.

Badische Politik

Der Staatsvoranschlag

Der Haushaltsausschuß begann am Dienstag mit der Beratung des Staatsvoranschlags bei der Hauptabteilung I: Bonhöfer. Der Voranschlag des Landtags schließt in Ausgaben mit 557 840 Mk. und in Einnahmen mit 8800 Mk. ab. Hieron entfallen auf die Aufwandsentschuldigungen der Abgeordneten 233 000 Mk. und auf die Kosten der Wahlen und Volksabstimmungen, rund 140 000 Mk. auf die sonstigen Ausgaben. Von den sonstigen Ausgaben entfällt der größte Teil auf die Druckkosten mit 89 000 Mk. Der Präsident des Landtags teilte mit, daß er seinen Voranschlag um 65 000 Mk. hätte kürzen müssen und in ihm nur das erhaltene sei, was auf Grund eines Gesetzes oder sonst unbedingt notwendig sei. Die Zahl der Stenographen sei zu klein, deshalb sei die Zulassung von Ausschüssigen notwendig geworden. Ein kommunistischer Redner wünschte, daß die Aufwandsentschuldigungen der Abgeordneten, soweit sie in Form einer Pauschale gewährt werden, auf das ganze Jahr gleichmäßig verteilt werden, ohne daß die Erhöhung der Gesamtausgaben dadurch geändert werde, da es den im freien Wirtschaftskreis lebenden Mitgliedern des Hauses nicht ohne weiteres möglich sei, nach Schluß der Landtagsberatungen in eine private Tätigkeit überzugehen. Ferner sei es eine unangenehme Regelung, daß bei Krankheitsfällen die Pauschale nur einen Monat weitergezahlt würde. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierauf bemerkt: Die Bezahlung der Aufwandsentschuldigungen während der Krankheitszeit bevorzugen die Mitglieder der Partei. Es sei jetzt aber eine andere Regelung notwendig, diese sei auf Grund der bisherigen Fassung des Diätengesetzes möglich. Von der bürgerlichen Vereinigung wurde gegen eine Verringerung des Diätengesetzes im jetzigen Augenblick mit Rücksicht auf die Wirkung auf die Öffentlichkeit Stellung genommen, dagegen sich für eine Verteilung auf das ganze Jahr ausgesprochen. Ein demokratischer Redner sprach sich ebenfalls für eine Verteilung auf das ganze Jahr aus. Ein sozialdemokratischer Redner wünschte, daß mehr Rücksicht auf die entfernt wohnenden Abgeordneten genommen würde. Ein volksparteilicher Redner sprach sich dafür aus, daß die feierliche finanzielle Solidaritätsbeziehung der franken Abgeordneten beseitigt werde. Es sei notwendig, auf die entfernt wohnenden Mitglieder zu achten und die Beratungen so anzulegen, daß die Abgeordneten möglichst wenig in Karlsruhe zuweilen. Von Zentrum Seite wurde die Verteilung auf das ganze Jahr von allen Seiten gewünscht und wurde durch eine finanzielle höhere Belastung vermieden werde, sei nichts dagegen einzuwenden. Von Zentrum Seite wurde die Verteilung auf das ganze Jahr abgelehnt. Hauptabteilung I wurde mit 20 Stimmen bei Stimmenmehrheit des Kommunisten angenommen.

Dann begann der Landtag die Beratung des Ministeriums des Innern. Titel I. Von sozialdemokratischer Seite wurde zur Frage der Beförderung in den Ministerien die Frage der Beförderung und der Ministerialzulagen aufgeworfen. Man müsse die Beamten in dem Ministerium besser behandeln, um ihnen einen Anreiz zu geben, in den Zentralstellen tätig zu sein. Der Reichsminister äußerte sich hierzu: Es seien im Etat allgemeinehöhere Stellungen vorgesehen, auch sei im Ministerium des Innern eine Beamtenaufnahme eingetretten, mit Ausnahme der der Polizei. Andererseits fallen noch dem Staatsvoranschlag 12 Millionen Gehaltsaufschlagung nicht erhoben werden als bisher, um den Staatsvoranschlag auszugleichen. Ein Mitglied der bürgerlichen Vereinigung bemerkte für seine Person, er würde jeder weiteren Erhöhung der Beamten Gehälter, für Beamtenbeförderungen seien gegenüber 1924 40 Millionen Mk. mehr verlangt. Ein Vergleich mit der Privatwirtschaft sei nicht möglich, da dort keine Pensionen bezogen würden, während der Beamte für das ganze Leben verlohrt sei; deshalb müsse die Privatwirtschaft höher bezahlet. Bei der jetzigen Wirtschaftslage sei irgendwelche Erhöhung der Beamtenbeförderung ungeschicklich.

Ein bestmöglicher Einwendungen gegen den Titel wurden nicht erhoben.

Verwaltungsgerichtshof: Der Berichtshalter erwähnte doppelt so groß, wie 1924 sei. Man müsse die Frage aufwerfen hierzu: Es falle die Höhe des Aufwandes auf, der bezweckt sei, die Beibehaltung eines Verwaltungsgerichtshofes zu bewerkstelligen. Von volksparteilicher Seite wurde hierzu ausgeführt: Die Erhöhung gegenüber 1924 bezüglich der Besoldungen ist allgemein insolge der inflationsbedingten eingeleiteten Besoldungserhöhung und keine besondere Erhöhung beim Verwaltungsgerichtshof. Weitere Einwendungen wurden nicht erhoben.

Bezirksverwaltung: Auch bei diesem Titel ergaben sich keine Beanstandungen. Unter den mannschaften Mühen die vorgeschrieben wurden, ist der auf Besserung der ungelösten Baumverhältnisse im Bezirksamte Heidelberg besonders bemerkenswert. Die Regierung gab die Möglichkeit an, Hilfe könne nur durch einen Neubau geschaffen werden, für den aber keine Mittel vorhanden seien.

Zurückgestellt wurden Eingaben des Gemeindevorstandes Oberbrunn über Errichtung einer Wasser-Anstalt im Oberbrunn bei Kirchschellenbach, und des Mannheimer Mannvereins, die um sofortige Aufnahme der Kennzeichnung in die bisherigen Umfang eruchte (60 v. S.). Der Regierungsvorstand verteilte die Auffassung, daß auch 80 v. S. möglich wären.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, 27. April 1926

Die Gobelins in der geheimen Sitzung zur Beschäftigung aufgehängt — 15 Punkte in 1 1/2 Stunden erledigt — Großer Heiterkeitserfolg bei der Abstimmung über die vier Bürgermeisterstellen

Über die gestrige Bürgerausschusssitzung, die, soweit der öffentliche Teil in Betracht kommt, nur 1 1/2 Stunden dauerte, ist nicht viel zu berichten. Am interessantesten war eine Episode, die sich hinter den Kulissen abspielte. Zu unserer nicht geringen Überraschung hörten wir, daß während der öffentlichen Sitzung, die der öffentlichen Voranfrage, die Gobelins zur Beschäftigung provisorisch an den immer noch fehlenden Wandflächen des Saales aufgedeckt waren. Als die Öffentlichkeit wieder herabgelassen wurde, war von diesem Voranfrage nichts mehr zu merken. Und wir hätten auch nichts davon erfahren, wenn man nicht indirekt erweisen wäre. Als sich nämlich die Gobelins, die ebenso reibungslos und schnell wie die öffentlichen Werke, ihrem Ende näherte, erschien ein männlicher dienstbarer Geist mit einer langen Leiter und entfernte unter Mitwirkung einer weiblichen Hilfsperson die Gobelins, damit ja nicht die Vertreter der Presse und die wenigen Zuhörer Gelegenheit hätten, ein Urteil über die Wirkung der drei Stücke an den Wänden abzuweiden, die sie künftig schmücken sollen. Wir müssen schon sagen, daß uns eine derartige Geheimnistuerei sonderbar anmutet. Was hätte es geschadet, wenn die Gobelins bis zum Schluß der Sitzung hätten aufgehängt geblieben? Wie übrigens verlautet, sollen die Gobelins für die Galeriebesucher erst zu sehen sein, wenn sie endgültig über dem Stadtratssaal angebracht sind.

Die von den Deutschen, u. Wirtschaftl. Bau. einvertrachtete Antroas. ob der Stadtrat tatsächlich beabsichtigt, die erworbenen Gobelins im Bürgerausschusssaal aufzuhängen oder zu verkaufen, ist in der öffentlichen Sitzung, weder in der öffentlichen noch in der öffentlichen, beantwortet worden. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat sich der Oberbürgermeister vorbehalten, die Antwort innerhalb der ihm in der Gemeindeordnung wachsenden Frist von vier Wochen zu beantworten. Außerdem soll sich der Stadtrat vorher darüber äußern.

Ein weiterer ungewöhnlicher Vorgang war das Charakteristikum der gestrigen Sitzung. Als erster Punkt der Tagesordnung gelangte die vom Landesminister beantragte Änderung der Gemeindefachung über die Zusammenfassung des Stadtrates zur Beratung. Von demokratischer Seite lag von neuem der Antrag vor, sich auf drei Bürgermeister zu beschränken. St. Schell wird bei der Begründung darauf hin, daß vier Bürgermeister nicht unumwunden notwendig sind und sich bei der wirtschaftlichen Notlage auch nicht rechtfertigen lassen. Wirtschaftliche Vereinigung und Dezentralisation Volkspartei sprach sich ebenfalls gegen die Schaffung von vier Bürgermeisterstellen aus. Der Sprecher der Sozialdemokraten schloß ansehnlich dieser Sachlage vor, die Sitzung zu unterbrechen, damit die einzelnen Fraktionen von neuem Stellung nehmen könnten. Das geschah. Als nach vorläufiger Pause die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, und der Oberbürgermeister über den Stadtratsantrag abstimmen ließ, ergab sich, daß der gesamte Bürgerausschuss mit Einschluß des Stadtrates dagegen war. Im ersten Augenblick war das Kollegium über das überraschende Ergebnis verblüfft. Dann aber folgte schallende Heiterkeit. Als der Stadtrat, der sich infolge der Ablehnung seines Antrages nochmals zur Beratung zurückziehen mußte, wieder im Saal erschien, ergab sich, daß er den demokratischen Antrag zu dem seinigen gemacht hatte. Der vier Bürgermeisterstellen war fallen gelassen worden. Bei der Abstimmung über den abgeänderten Antrag blieben nur das Zentrum und die Stadträte P. u. u. und V. o. i. fest. Das liberale Kollegium erklärte sich mit den drei Bürgermeisterstellen einverstanden. Für die veränderte Haltung der Deutschen Volkspartei war maßgebend, daß die Besprechungen, die vorausgegangen, ergeben hatten, daß das Zentrum beim Festhalten an der Forderung von vier Bürgermeisterstellen allein bleiben würde. Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn die Deutsche Volkspartei sich trotzdem dem Zentrum angeschlossen hätte, trotz der Voranfrage, die sich unmittelbar vorher und früher hinter den Kulissen abgepielt haben.

Sitzungsbericht

Der öffentlichen Sitzung geht eine nichtöffentliche voraus, die um 4 Uhr nachmittags festgesetzt ist. Auf der Tagesordnung stehen zwei Punkte. Um 4 1/2 Uhr wird die Öffentlichkeit hergestellt. Die Galerie ist schwach besetzt. Oberbürgermeister Dr. Kupper ruft sofort den ersten Punkt der reichhaltigen Tagesordnung auf.

Gemeindefachung über die Zusammenfassung des Stadtrats
Stadtratsbeschluss: Die Gemeindefachung über die Zusammenfassung des Stadtrats wird dahin geändert, daß § 1 folgenden Wortlaut erhält: Der Stadtrat Mannheim besteht a) aus einem Oberbürgermeister, b) aus 4 Bürgermeistern, c) aus 24 ehrenamtlich tätigen Stadträten.

St. A. Fuhs (Soz.) plädiert für Annahme des Stadtratsbeschlusses. — St. Schell (Dem.) begründet den Abänderungsantrag der Demokratischen Partei, anstelle von 4 Bürgermeistern 3 Bürgermeister einzusetzen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse gelte keine vier Bürgermeister. — St. B. Schnell (Komm.) und St. P. (Dmit.) schließen sich dem Standpunkt der Demokraten an. — St. A. Heinsacker (Wirtsch. Vgg.) tritt gleichfalls für den Abänderungsantrag der Demokraten ein. — St. D. (Soz.) beantragt, eine kurze Pause einzutreten zu lassen, damit den Fraktionen Gelegenheit gegeben wird, zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. — St. M. (Ztr.) schließt sich diesem Antrag an. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5 1/2 Uhr schreitet man zur Abstimmung, die unter allgemeiner Heiterkeit die einstimmige Ablehnung des Stadtratsbeschlusses ergibt. Der Stadtrat stimmt geschlossen gegen seinen eigenen Antrag. Oberbürgermeister Dr. Kupper legt nunmehr ein neues Kauf an, damit der Stadtrat zu der einstimmigen Ablehnung seines Antrages Stellung nehmen kann. Um 4 1/2 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Oberbürgermeister Dr. Kupper gibt bekannt, daß der Stadtrat seinen Beschluß dahin geändert habe, daß an die Stelle von 4 Bürgermeistern nur 3 Bürgermeister treten. — Nach kurzer Begründung durch St. A. Fuhs (Soz.) wird der so abgeänderte Stadtratsbeschluss gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Gewährung des vollen Wohnungsgeldzuschusses
Stadtratsbeschluss: Der den städtischen Beamten und Angestellten seit November 1924 bewilligte Wohnungsgeldzuschuss (Wohnungsgeld), der zuletzt 95/100 betrug, wird vom 1. April 1926 ab in vollen Höhe besetzt. Vom gleichen Zeitpunkt ab ist der volle Zuschuss des Wohnungsgeldzuschusses auch der Berechnung der Beiträge, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge zugrunde zu legen.

St. A. Fuhs (Soz.) empfiehlt die Annahme der Vorlage. — St. Schneider (W. Vgg.) lehnt die Vorlage mit der Begründung ab, daß die Rate noch 86 Prozent in Baden beträgt. — In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Betriebsverweiterungen der städtischen Werke
Stadtratsbeschluss: Zur Beschaffung von Wassermessern und Gasmessern, sowie zur Erweiterung des Wasserzweiges, des Gaszweiges und des Abwasserzweiges werden für das Rechnungsjahr 1926 bewilligt: für das Wasserwerk 235 000 RM., für das Gaswerk 472 000 RM., für das Elektrizitätswerk 410 000 RM. Der Gesamtbetrag mit 1 117 000 RM. ist aus Anleihenmitteln zu bestreiten.

Nach kurzer Begründung durch St. A. Fuhs (Soz.) wird die Vorlage ohne weiteres einstimmig angenommen.

Betriebstelefon- und Wasserstandsfernmeßanlage der Werke

Stadtratsbeschluss: Die Betriebstelefon- und Wasserstandsfernmeßanlage der Werke, die in ihrem jetzigen Zustande den Anforderungen des ausgedehnten Betriebs nicht mehr genügt, ist nach dem Projekt der Direktion der Werke auszugestalten und zu verbessern. Die erforderlichen Mittel mit 143 000 RM. sind in fünf gleichen Jahresraten aus Wirtschaftsmitteln zu bestreiten (1927 bis 1931).

Auch diese Vorlage wird, nachdem ihr St. A. Fuhs eine kurze Begründung gemeldet hat, ohne Debatte einstimmig angenommen.



MANNHEIMER RENNSPORT-ZEITUNG

Die blaue Rennsport-Zeitung
wird wieder mit gewohnter Regelmäßigkeit zu den am 2., 4. und 9. Mai stattfindenden

Mannheimer Frühjahrs-Rennen
und außerdem zu den vom neugegründeten Mannheimer Reiterverein am 5. und 6. Juni zu veranstaltenden

Reiter-Turniere
erscheinen. — Sie hat sich in sechs Jahren als vorzüglicher und unentbehrlicher

Führer
für die Besucher der Rennen erwiesen. Jede Nummer bringt eine zuverlässige Starterliste mit Tips für jeden Lauf, die Formen sämtlicher Pferde, vollständige Programme für die einzelnen Rennstage und in einem höchst übersichtlich angeordneten Anzeigenteil wertvolle Hinweise auf das, was Mannheim bietet und wo vorteilhaft gekauft werden kann.

Die Geschäftswelt
hat in der blauen Rennsport-Zeitung das beste Mittel, sich vor allem auch den Fremden zu empfehlen.

Aufträge erbittet die Geschäftsstelle E 6, 2.
Auf Wunsch Vertreterbesuch.

„Neue Mannheimer Zeitung“
Fernsprech-Nummern 7941-7945.

Zweites Wasserwerk in Rheinau
Stadtratsbeschluss: Der Betrieb des neuen städtischen Wasserwerks in Rheinau wird der Wasserwerksgesellschaft Rheinau m. b. H. nach Waghade des beliegenden Vertrags übertragen.

St. A. Fuhs (Soz.) macht bei der Begründung der Vorlage darauf aufmerksam, daß in der Bevölkerung die falsche Meinung verbreitet ist, daß die Wasserwerksgesellschaft Rheinau m. b. H. eine selbständige Gesellschaft sei. Demgegenüber sei festzustellen, daß die Stadt sämtliche Stammanteile der Gesellschaft besitze. — Die Vorlage wird hierauf ohne Debatte einstimmig angenommen.

Bürgerschaft für den katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder e. V. in Mannheim
Stadtratsbeschluss: Der katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder e. V. in Mannheim hat zur Fortführung der Bausarbeiten am St. Annenheim in Redarau bei der Sparkasse Mannheim ein weiteres Darlehen von 20 000 M. aufgenommen. Die Stadt übernimmt auch für diesen erhöhten Betrag die Bürgerschaft. Gleichzeitig wird dem Verein auf die Dauer von zwei Jahren ein Zuschuß in Höhe der hälftigen Hypothekenzinsen aus Wirtschaftsmitteln gewährt.

St. B. Kaiser (Ztr.) bittet um Annahme der Vorlage. — St. D. (Soz.) tritt der Vorlage entgegen, weil es sich hier um ein Institut handle, das rein religiösen Zwecken diene und weil eine Erziehungsmethode zur Anwendung gelange, mit der sie sich nicht einverstanden erklären können. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten.

Einrichtung einer Jugendherberge mit Jugendheim im städt. Hause Luisenring 49
Stadtratsbeschluss: Zur Einrichtung einer Jugendherberge mit Jugendheim im städtischen Hause Luisenring Nr. 49 werden 65 000 M. mit der Waghade bewilligt, daß der Betrag in

4 Jahresraten durch Einstellung in die Haushaltspläne 1926—1929 aus Wirtschaftsmitteln zu decken ist.

Nach kurzer Empfehlung durch St. B. Kaiser (Ztr.) wird die Vorlage debattelos einstimmig angenommen.

Gleisanschluss der Lagerplätze am alten Exerzierplatz
Stadtratsbeschluss: Der auf dem alten Exerzierplatz gegenüber der Kottgüterhalle der Eisenbahn entlang der Verladestraße sich hinziehende, für Lager- und Werkstättenplätze vorgesehene Geländeabschnitt wird auf seiner nach den ehemaligen Kasernen zu gelegenen Südseite mit Gleisanschluss nach dem Bahnhof Redarau versehen. Die Kosten zu 50 000 M. sind in die Voranschläge 1926—1930 einzustellen.

Auch diese Vorlage wird, nachdem ihr St. B. Kaiser eine kurze Empfehlung durch St. B. Kaiser (Ztr.) wird die Vorlage debattelos einstimmig angenommen.

Beschaffung eines 5-Tonnen-Krans für den Industriehof
Stadtratsbeschluss: Anstelle des veralteten städtischen Kran 2 am Bahnhof im Industriehof wird ein neuer, einachsiger 5-Tonnen-Kran aufgestellt. Der Aufwand für diese Beschaffung sowie für Verankerung der Kranfundamente und Herstellung einer neuen Stromleitung in Höhe von rund 73 000 M. ist in 5 gleichen Jahresraten in die Voranschläge 1927 bis 1931 einzustellen.

St. B. Schnell (Kommunist) empfiehlt die Annahme der Vorlage. — St. Mayer-Dinkel (Dem.) bringt als Wunsch seiner Freunde zum Ausdruck, daß der Auftrag in erster Linie an eine Mannheimer Firma vergeben wird. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Erstellung eines Doppelwohnhauses im Stadtteil Redarau zur Unterbringung von Berufsfeuerwehrleuten
Stadtratsbeschluss: Auf dem städtischen Grundstück Ecke Kleine Adler- und Geierstraße im Stadtteil Redarau ist zur Unterbringung von Berufsfeuerwehrleuten der Redenfeuerwache ein Doppelwohnhaus mit zusammen 12 Wohnungen zu erstellen. Der Aufwand mit 165 000 M. ist aus Anleihenmitteln zu bestreiten.

St. B. Schnell (Komm.) empfiehlt die Annahme der Vorlage. — St. Frau Weidert (D. Vpt.): Wir stimmen der Vorlage zu, bitten aber, darauf zu achten, daß die freizumachenden Wohnungen an kinderreiche Familien überlassen werden, die man leicht bei Rücksprache mit dem Fürsorgamt feststellen könnte. Wenn man bedenkt, daß man dadurch etwa 50—60 Kindern bessere Lebensbedingungen schaffen kann, wird man unsere Bitte wohl verstehen können. — St. Mayer-Dinkel (Ztr.) fragt an, warum sich der Bau der neuen Feuerwache verzögert. — Bürgermeister Ritter erwidert, daß die Industrie sich bereit erklärt habe, einen Teil der Baukosten zu übernehmen. Die Verhandlungen der Industrie mit den Versicherungen seien aber noch nicht abgeschlossen und deshalb könne mit dem Bau noch nicht begonnen werden, weil sonst die freiwilligen Zuschüsse schwer beizubringen seien. — In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Herstellung von Straßen in der Wiesengewann beim Schlachthof
Stadtratsbeschluss: 1. Folgende Straßen sind auf Grund der Kostenschätzungen des Tiefbauamts und nach Waghade der hierfür verfügbaren Mittel ortstrahenmäßig herzustellen: a) Röhlstraße zwischen Sedenheimer- und Viehhofstraße, b) Zugarterstraße zwischen Viehhofstraße und Einfriedigung der Müllzentrale, c) Zugarterstraße zwischen dem fertigen Teil und der Röhlstraße, d) Weidenstraße zwischen dem fertigen Teil und der Röhlstraße, e) Weidenstraße zwischen Mühl- und Viehhofstraße. 2. Zur ortstrahenmäßigen Herstellung der oben genannten Straßenstreifen einschließlich der Kanalherstellung (Spalte 4—7 und 9 der Zusammenstellung) sind 339 990 RM. erforderlich. Davon sind 259 000 RM. aus den Beiträgen der Angrenzzer zu decken und 80 990 RM. aus Anleihen zu bestreiten. 3. Die Kosten der Pflasterung (111 700 RM.) werden im Bedarfsfalle nach Einstellung in den Voranschlag aus Wirtschaftsmitteln gedeckt.

Nach einigen empfehlenden Worten des St. B. Gruber (D. Vp.) wird die Vorlage ohne Debatte einstimmig angenommen.

Herstellung der Zufahrtsstraßen zur Friedrich Ebert-Brücke
Stadtratsbeschluss: a) Nachstehende Straßen sind entsprechend den Kostenschätzungen des Tiefbauamts und nach Waghade der hierfür verfügbaren Mittel ortstrahenmäßig herzustellen: A. Südliche Zufahrt zur Friedrich Ebert-Brücke. 1. Collinstraße zwischen Ruitstraße und Ruitstraße, 2. Collinstraße zwischen Ruitstraße und Sudowstraße, 3. Ruitstraße zwischen Collinstraße und Sudowstraße, 4. Sudowstraße zwischen Collinstraße und Sudowstraße, 5. Sudowstraße zwischen Ruitstraße und Ruitstraße, 6. Sudowstraße zwischen Ruitstraße und Sudowstraße. B. Nördliche Zufahrt zur Friedrich Ebert-Brücke. 1. Straße „Am weißen Sand“ zwischen Friedrichsbrücke und Kronprinzstraße, 2. Kronprinzstraße zwischen der Straße „Am weißen Sand“ und Käferstraße, b) Zur ortstrahenmäßigen Herstellung der obengenannten Straßen einschließlich Gehwegherstellung und Baumpflanzung (Spalte 4—6 der Zusammenstellung des Tiefbauamts) werden 696 000 RM. aus Anleihenmitteln zur Verfügung gestellt.

St. B. Gruber (D. Vp.) empfiehlt die Annahme der Vorlage. — St. Mundhars (Ztr.) ist der Meinung, daß die Fährbahn der Straße „Am weißen Sand“ zu schnell ausfällt. Das gleiche sei in der Donnersbergstraße auf dem Lindenberg der Fall. Man sollte in eine Vorberufung darüber eintreten, ob die Fährbahn der Straße „Am weißen Sand“ nicht noch etwas mehr verbreitert werden könne. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Errichtung eines Hauses für Obdachlose
St. B. Gruber (D. Vp.) hofft bei der Begründung der Vorlage, daß die Wohnfrage nicht von neuem die Errichtung des Anals hinausgerät. — St. D. Stoll (D. Vp.): Wir erheben keine Einwendungen gegen die Errichtung eines Obdachlosenheims. Bei der Wohnfrage bitten wir aber in Erwägung zu ziehen, ob nicht ein anderer Platz ausgemittelt werden kann. Im Industriehof und Redarhals handelt es sich um ein entwicklungsreiches Gebiet. Es wäre vielleicht ratsam, das Wohl mehr an die Peripherie zu legen, zumal die Redarstadt bereits reichlich mit ähnlichen Institutionen bedacht ist. — St. Schneider (Wirtsch. Vgg.) hebt nochmals auf die ganze Frage der Errichtung eines Obdachlosenheims ein. Käferstraße sollte es nicht, Bahnhof nicht, dann vielleicht die Herasgerieder Kleinadriener. Er dankt dem St. D. Stoll, daß er für die Redarstadt eine Lücke gezeichnet habe, die ausnahmslos von derartigen Einrichtungen habe. Er sei im Prinzip mit der Errichtung des Anals einverstanden und um der Sache nicht hinderlich zu sein, bitte er mit seinen Parteifreunden der Vorlage zu, möchte aber bitten, daß wenn ein weiteres ähnliches Institut errichtet werden sollte, man auch andere Stadteile bedenken möge.

St. Ritter (Kommunist) bezeichnet es als eine Schande für die Stadt Mannheim, daß man die Frage der Errichtung des Anals so lange hinausgerät habe. — St. D. Stoll (Soz.) ist der Ansicht, daß die Wohnfrage nunmehr endgültig erledigt ist. Man sollte so schnell als möglich an die Errichtung des Anals herantreten, damit es bis zum kommenden Winter besetzt werden könne. — In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Neue Mannheimer Zeitung - Handelsblatt

Zu den deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen

In wenigen Tagen werden zwischen Deutschland und Schweden Verhandlungen zum Abschluss eines Handelsvertrages beginnen. Es verlohnt sich daher ein kurzer Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Schwedens und seiner Handelsbeziehungen zu Deutschland.

Schwedens wirtschaftliche Lage hat sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren wesentlich geändert. Es gehört zu den wenigen Ländern, die jetzt günstiger dastehen als vor dem Kriege. Die Wirtschaft Schwedens ist in ganz besonderem Maße ein Produkt seiner geographischen Lage und der Struktur des Landes. Mit einer Bevölkerung von 6 Millionen verfügt Schweden nur über einen Teil der notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel. Weizen, Roggen, Spinnstoffe, Metalle, Kohlen müssen eingeführt werden; Eisen, Holz, Felle und anderes ist vorhanden. Der Hauptreichtum des Landes liegt in den Wasserkräften, deren Gesamtmenge 4,5 Mill. PS beträgt. Die im Lande vorhandenen Rohstoffe und die Wasserkräfte haben eine Industrie hochwertiger Erzeugnisse entstehen lassen, die bei verhältnismäßig hohen eigenen Preisen neben den Waren der ausländischen Konkurrenz bestehen kann und in der Lage ist, zu exportieren.

Die Erzeugung von Eisenerz hat noch nicht ganz den Vorkriegsstand erreicht. Die Schwierigkeiten liegen in dem Mangel an Steinkohle und der Notwendigkeit, Holzkohle zu verwenden. Die schwedische Eisenindustrie hat keinen letzten Stand, weil sie hochwertiges Material erzeugt und gezwungen ist, dieses zum Teil zu exportieren und andererseits gemächliches Rohmaterial für den inländischen Bedarf herbeizuführen. Die Elektroindustrie hat sich stark ausgebaut. Während 1913 1 570 000 PS erzeugt wurden, lieferten die Wasserkräfte 1923 2,5 Mill. PS. Die elektrische Industrie hat sich gleichfalls kräftig entwickelt. Es gelangt ihr, nicht nur einen erheblichen Teil des heimischen Bedarfs zu decken, sondern darüber hinaus beträchtlich zu exportieren. Die auf dem Reichtum Schwedens an Holz beruhende Zelluloseindustrie hat ihre Produktion in den letzten Jahren erheblich vermehrt. Ganz besonders hat sich die Fabrikation von Zeitungspapier entwickelt, deren Produkte ihren Weg hauptsächlich nach Nordamerika nehmen. Die großen Kogelsteinwerke der chemischen Industrie liegen in dem zur Verfügung stehenden elektrischen Strom. Die Erzeugung von Chemikalien auf elektrochemischem Wege hat einen bedeutenden Aufschwung genommen. Hervorgehoben ist die Herstellung von Karbid und die Umwandlung von Karbid in Spanamid. Die schwedische Händlungsindustrie ist in dauerndem Zunehmen begriffen und dürfte einen guten Teil der Weltproduktion kontrollieren. Der Wert der gesamten schwedischen Industrielerzeugung im Jahre 1924 wird mit 4,5 Milliarden gegen 4,1 Milliarden Kronen im Jahre 1923 angenommen. Das bedeutet eine Steigerung von etwa 9 o. H.

Der Außenhandel Schwedens hatte, wie in dem Organ des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes ausgeführt wird, 1913 eine Einfuhr von 846,5 Mill. Kr. und eine Ausfuhr von 817,3 Mill. Kr. 1924 betrug die Einfuhr 1 424,5 und die Ausfuhr 1 260,6 Mill. Kr. Der Einfuhrüberschuss besteht nach wie vor, ist aber nicht mehr sehr bedeutend. Im Handel mit Deutschland betrug 1913 die Einfuhr Schwedens aus Deutschland 24,2 o. H. der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr Schwedens nach Deutschland 21,9 o. H. der Gesamtausfuhr Schwedens. Demgegenüber betrug im Jahre 1924 die Einfuhr Schwedens aus Deutschland nur noch 24,8 o. H. der Gesamteinfuhr, während die Ausfuhr Schwedens nach Deutschland 10,6 o. H. der Gesamtausfuhr Schwedens betrug. Hieraus ergibt sich, daß der Anteil Deutschlands am schwedischen Außenhandel seit der Vorkriegszeit erheblich zurückgegangen ist. Aber auch die Einfuhr Frankreichs, Englands und Danemarks am schwedischen Außenhandel zeigen eine rückläufige Tendenz, während diese Verluste anteils auf der anderen Seite in einer erheblichen Steigerung des Anteils der Vereinigten Staaten und der Niederlande zu finden sind. Was den Anteil Schwedens am deutschen Außenhandel betrifft, so betrug die deutsche Einfuhr aus Schweden 1924 1,4 o. H. der deutschen Einfuhr und 4,5 o. H. der deutschen Ausfuhr. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die Handelsbilanz zwischen Deutschland und Schweden im Augenblick ungefähr ausgeglichen ist; ferner, daß die Ausfuhr Schwedens nach Deutschland im Rahmen der schwedischen Gesamtausfuhr mit 10 o. H. eine größere Bedeutung hat als die deutsche Einfuhr nach Schweden mit 4,5 o. H. im Rahmen der deutschen Gesamteinfuhr.

Das schwedische Zollsystem beruht nach auf dem Gesetz vom 9. Juli 1911 nebst Zusatz. Der Tarif hat später bei einer Reihe von Anpassungen eine Erhöhung erfahren. Indessen werden im allgemeinen die Vertragsätze der Vorkriegszeit erhoben. Schweden hat nach Kündigung der alten Verträge eine Reihe von Handelsverträgen (meist Protokollen) mit den russischen Randstaaten, Rumänien, Polen, Jugoslawien, Schweiz, der Tschechoslowakei und Spanien geschlossen. Im großen und ganzen wird von Schweden an dem Grundgedanken der Meistbegünstigung festgehalten. Der Vertrag mit Spanien ist der einzige, der nicht auf der Grundlage der allgemeinen Meistbegünstigung abgeschlossen, sondern auf einer ländermäßigen Meistbegünstigung ausgeht. In den letzten Jahren sind für den deutsch-schwedischen Handel zufriedenstellend gewesen. Man nimmt allgemein an, daß bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen sich Abänderungen nicht ergeben werden, zumal das Meistbegünstigungsrecht schon früher vereinbart wurde, und es sich hier nur um die Frage einiger Zollermäßigungen und um Fragen nicht politischer Art handelt.

Die J. G. Farbenindustrie in der Frankfurter Hypothekbank. Die G.D.F. in der 12. Aktionäre mit 1 819 800 K. KR. vertreten waren, genehmigte den bereits besprochenen Abschluß. An Stelle des verstorbenen Vorstandsvorsitzenden Hermann Andree wurde Direktor Wilhelm Kalle von der J. G. Farbenindustrie in Frankfurt a. M. neu in den V.R. gewählt.

Zur Sanierung der Bayerischen Gemeindefont (Girozentrale). Bei der Bayerischen Gemeindefont (Girozentrale) in München hat sich der Gesamtverlust auf 12,8 Mill. K. erhöht, wovon 7,5 Mill. K. auf die Weiztreide und 4,8 Mill. K. auf sonstige Weizenprodukte entfallen. Der Bank war es möglich, die Verluste zum meiste vollständig abzudecken, ohne Inanspruchnahme der Gewährträger. Die Deckung wurde erreicht durch die Auflösung der Sonderfaktoria mit 3,27 Mill. K. durch den Betriebsgewinn aus 1924 = 2,51 Mill. K., durch Verrechnung der von der Deutschen Girozentrale übernommenen Ausfallbürgschaft mit 4,4 Mill. K. und durch Zuweisung von 3,04 Mill. K. aus gemeindefontlichen Unterlegungsmitteln der Bayerischen Regierung. Das Jahr 1925 erbrachte einen Betriebsverlust von 0,67 Mill. K. (einschließlich Kursschwankung von 0,28), der bereits in der Gesamtverlustsumme enthalten ist. Infolge von Zuweisung der genannten flokalischen Mittel ergibt sich ein Ueberschuß von 77 186 K., der vorgetragten werden soll. Die Verwaltung glaubt nunmehr die Basis für ein gezieltes Weiterarbeiten gefunden zu haben. Das erste Quartal 1926 habe bereits befriedigend abgeschlossen. Das Privatredirektorat ist nunmehr bekanntlich jugungsgemäß unterbunden worden.

5 o. H. Dividende bei der Wärl. Metallwarenfabrik AG. in Weisingen/S. Der V.R. beschloß, der G.D. am 20. Mai für das Geschäftsjahr 1925 die Verteilung einer Dividende von 5 (5) o. H. vorzuschlagen.

Wärl. Bergische Leinen-Industrie in Blaubeuren. Die Gesellschaft, die ihre G.D. auf 27. Mai einberuft, wird einen Gesamtanteil von 4 (7) o. H. zur Ausschüttung bringen.

5 o. H. Dividende der Elektrizitäts-W.G. vorm. W. Lahmeyer & Co. in Frankfurt a. M. Die an den süddeutschen Elektrizitäts-

Die Notlage der Zigarettenindustrie

Von H. Magnus

I.

Die Krise in der Zigarettenindustrie, die schon seit geraumer Zeit besteht, scheint zu ihrer Höhepunkt erreicht zu haben. Einerseits ist es die Geldnot infolge der neuen Goldbänderrolle und die damit in Zusammenhang stehende Preisunterbreitung und Rabattschleuderei, andererseits die Abhängigkeit von ausländischen Tabakfirmen, deren Qualität nicht immer den Anforderungen entspricht. Da die Materialsteuer heute per 1000 Rohgewicht 9,00 K. beträgt, so ist es nicht mehr möglich, die sogenannte Spanig-Zigarette herzustellen.

Mitte des vorigen Jahres war die Lage der Zigarettenindustrie eine so trostlose, daß die großen Geldinstitute beinahe durchweg ablehnten, den einzelnen Fabriken Kredit zu gewähren. Der Fiskus, der ja der Hauptgläubiger der Zigarettenindustrie ist, mußte bei den Zollämtern Beamte ausschließlich zur Bearbeitung der Zwangsversteigerungen und Pfändungen beschäftigen. Selbst die großen Firmen arbeiten heute kaum noch mit Gewinn, da ihre Bilanz außerordentlich reichlich durch Schulden an ausländische Firmen und den Fiskus belastet ist. Schon vor der neuen Tabaksteuererhebung vom 1. Okt. 1925 waren die Verdienstmöglichkeiten der Zigarettenindustrie gegenüber dem Frieden sehr heruntergegangen. Vor dem Kriege verdiente der Zigarettenfabrikant an 1000 Stück 3-Pig.-Zigaretten 14,50 K., 1925 nur 9,00 K., bei 1000 Stück 5-Pig.-Zigaretten verdiente er 22,00 K. gegenüber 13,50 K. heute.

Die Entwicklung der Zigarettenindustrie während der Inflation und in der Nachkriegszeit ist ähnlich wie in vielen anderen Industriezweigen, z. B. der Zündholzindustrie. Die Produktion hat die Konsumtion weit überholt. Der Zigarettenverbrauch ist seit dem Kriege um etwa das Dreifache gestiegen, die Produktion infolge Verbesserung der Technik der Herstellung um das Vierfache. Die Zigarettenproduktion betrug 1922 etwa 22,69 Milliarden Stück. Da aber im ersten Halbjahr 1924 nur 11,47 Milliarden Stück verfertigt wurden, kann man daraus schließen, daß entweder der Zigarettenverbrauch sehr zurückgegangen ist, oder auch durch den Aufschwung des Straßenhandels die Zahl der nichtsteuerzahlenden Zigarettenverkäufer sehr gestiegen ist. Die Tatsache, daß in der Inflation große Zigarettenvorräte angehäuft wurden, mag zu dem schmerzhaften Rückgang des Zigarettenkonsums geführt haben. Infolge der hohen Vandalensteuer war der Verdienst der Fabrikanten so gering, daß an die Stelle des mangelnden Verdienstes eine Steigerung der Produktion und Heruntergehen der Qualität trat. Auch luden man Ersparnisse zu machen durch eine strikte Konzentration der Firmen, wobei durch den Umstand, daß ein erheblicher Teil von ihnen während der Inflation in Abhängigkeit von einem ausländischen Tabakhändler getreten waren, diese Tendenz verstärkt wurde.

1922 betrug der Anteil der Mittel- und Kleinfirmen an der Zigarettenproduktion etwa 43 o. H., im vorigen Jahr nur noch 10 o. H.

Die gestiegene Steuerermoral, die natürlich den reell arbeitenden Zigarettenfabriken großen Schaden zufügte, die knapp bemessene Stundensumme für Steuerzahlungen und die Art der Zwangsvollstreckung im Zusammenhang mit der kolossalen Ueberschuldung,

interessen stark beteiligte Gesellschaft schlägt der G.D. am 10. Mai für das am 21. Dez. 1925 abgelaufene G.D. eine Gewinnanteilsauschüttung von 5 (5) o. H. vor.

Kapitalzusammenlegung 1000 i. der Werkzeug- und Maschinenfabrik AG. vorm. H. Stummung u. Co. Frankfurt. Die Gesellschaft tritt auf den 14. Mai ein, in der die Zusammenlegung des K.R. der S.M. und M.M. im Verhältnis 100:1 beschlossen werden soll. Ferner soll die Firma geändert werden in „Werkzeug- und Maschinenfabrik AG.“ Die Gesellschaft war bekanntlich vor einem halben Jahr in Schwierigkeiten geraten und hatte neben der G.D. auch Anmeldeung gemäß § 240 des H.G.B. (Verlust von mehr als der Hälfte des K.R.) gemacht. Der Verlust auf 21. Dez. 1925 belief sich auf 516 693 K. Die G.D. konnte inzwischen aufgehoben werden; der Betrieb wurde dann für Rechnung des Käufers in der Spiraltobackfabrikation aufrecht erhalten.

Zuckerfabrik Rheingau AG. in Worms a. Rh. Nunmehr legt als letzte der süddeutschen Zuckerfabriken auch Rheingau für 1924/25 den Geschäftsbericht vor. Darnach ist die Kampagne wesentlich besser, wie die vorhergehende verlaufen. Es wurden 622 909 Dtzr. Rüben gegen 397 173 Dtzr. i. V. an Rohzucker verarbeitet, deren Zuckergehalt aber mehr als 1 v. H. niedriger wie in den Vorjahren war. Der Reingewinn, der auch hier vorgetragen wird, beträgt nach genügenden Abschreibungen (248 033) 57 390 K. An der Vermögensaufstellung haben sich gegenüber der R.M.G.B. auf 1. Sept. 1924 die Anlagen auf 2 524 000 (von 2 350 000) K. die Schuldner von 835 487 auf 1 154 237 K. erhöht, während sich Beteiligungen auf 388 528 (483 920) K. und Verpflichtungen auf 480 622 (510 166) K. verminderten. Neu erschienen 423 000 K. Wechselschulden; V.R. v. Rücklage blieben um 1 131 und 0,313 Mill. K.

Hansa-Automobilwerke und Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken. Die G.D. sowie die Hansa legen Wert darauf, festzustellen, daß die Aufnahme des Vertretungsübernahmestills dem Wunsch der Hansa entspricht und Vereinbarungen enthält, die in freundschaftlicher Weise getroffen wurden, wie es bei dem langjährigen guten Verhältnis zwischen den beiden Gesellschaften natürlich ist. Die G.D. hat es übernommen, obwohl das Meistbegünstigungsrecht nicht mehr besteht, für eine gewisse Uebergangszeit die Fabrikate der Hansa durch ihre Filialen und Vertreter weiterhin verkaufen zu lassen.

Kommt eine Getreide-Zollerhöhung am 1. August?

In letzter Zeit wurde viel darüber gesprochen, daß die Regierung beabsichtigt, mit Beginn des neuen Erntejahres die zur Zeit bestehende Differenzierung zwischen dem Zoll für Futtergetreide und für andere Getreide aufzugeben. Wie das amtliche Mitteilungsblatt des Verbandes Süddeutscher Getreidebörser und Märkte, die „Allgemeine Produktdörse“ hört, ist in dieser Frage irgend eine Entscheidung von der Regierung noch nicht gefallen und es ist überhaupt noch durchaus unklar, welche Zollmaßnahmen zum 1. August 1926 getroffen werden. Bekanntlich sollen vom 1. August ab die autonomen Zölle in Kraft treten, falls nicht durch Handelsverträge mit einzelnen Ländern Ausnahmestimmungen festgelegt werden. Da aber bis jetzt Handelsverträge nicht abgeschlossen sind und für die nächste Zukunft auch wenig Aussicht dazu besteht, wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Regierung kraft der Ermächtigungsbefugnis des neuen Zolltarifgesetzes selbst die autonomen Zölle herabsetzt, um die Einführung des bei der gegenwärtigen Weltmarktlage untragbaren autonomen Zolltarifs zu vermeiden. In welcher Höhe diese Sätze festgelegt und in welchem Maße etwa Veränderungen der Zölle für die einzelnen Warengruppen herbeigeführt werden sollen, darüber steht noch nichts fest. Bei der Bedeutung dieser Frage wird zweifelsohne erst eine intensive Fühlungnahme der Regierung mit den Parteien notwendig sein, um endgültige Entscheidungen zu treffen. Wenn eine Zollerhöhung zum 1. August auch noch nicht sicher ist, so müßte doch nach der „A. P.“ heute schon mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden.

Die Senkung der Börsenumsatzsteuer. Die Reichsregierung beabsichtigt, die schon seit längerer Zeit geplante Senkung der

haben selbst die solidesten ältesten Firmen erschüttert. Um der dauernden Preisunterbreitung und Rabattschleuderei Einhalt zu gebieten, hatte die Zigarettenindustrie im vorigen Jahre eine weitere Zusammenschließung erfahren. Die Reemtsma Gruppe und der Jasmahl-Konzern hatten 1924 nacheinander mit der Standard Commercial Tobacco Co. einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen, der aber zu einem endgültigen Ergebnis geführt hat. Sowohl der Jasmahl-Konzern als auch die Reemtsma-Gruppe haben sich aber dann von der Standard Commercial Tobacco Co. getrennt. In einer im vorigen Jahr von der Reemtsma G.D. abgehaltenen V.R. wurde u. a. die Frage erörtert, ob die Reemtsma und Jasmahl von nun an getrennt arbeiten oder weitere Beziehungen untereinander aufrecht erhalten sollen. Man entschied sich zu einer Interessengemeinschaft, der der Austausch der Ausschüßorenmitglieder folgte. Statt der nicht perfekt gewordenen Interessengemeinschaft mit der Tobacco Co. hat die nunmehrige Reemtsma-Jasmahl mit der amerikanischen Gesellschaft einen Vertrag auf Tabaklieferung für die Dauer von mehreren Jahren geschlossen. Als Einkaufszentrale und zugleich Dachgesellschaft fungiert die N. B. Handelsmaatschappij Coland (bisherige Einkaufsgesellschaft der Jasmahl), deren Kapital von 5 Millionen Gulden offener Reserven und 15 Millionen Gulden die eingebrachten Gelder der Reemtsma-Jasmahl darstellen. Die Coland arbeitete bisher ohne ausländisches Kapital und bezog die Finanzierungsleistungen, sämtlichen Einkauf, Produktionsverbesserungen usw. vornehmlich. Durch die Verschmelzung Reemtsma-Jasmahl sind statt der bisherigen drei großen Zigarettenfabriken in Deutschland nun noch zwei vorhanden, nämlich nur noch die unter König Emir vereinigten Gesellschaften Juban, München, Waldorff-Astoria, Stuttgart, Lippstadt W.G., Frankfurt, Schloß Tübingen, Berlin.

Die Coland stellt 40 o. H. der gesamten deutschen Zigarettenindustrie dar, die König Emir 25 o. H. Die restlichen entfallen im wesentlichen auf die selbständigen Firmen Kuratli-Berlin, Bartsch, Baden-Baden, Haus Neuenburg-Bien, Holpaus-Berlin, Cestelin u. Söhne-Dresden, Garbath-Berlin, Penibis-Dresden.

Einen neuen schweren Schlag erhielt die Zigarettenindustrie durch das Zigarettensteuergesetz vom 1. Oktober 1925. Während bis dahin nur eine Vandalensteuer von 40 o. H. des Verkaufspreises erhoben wurde, wird nach dem neuen Gesetz außer einer Materialsteuer von 900 K. pro 100 Kq. noch eine Vandalensteuer von 20 o. H. des Verkaufspreises erhoben. Notwendigerweise werden durch die Besteuerung die billigen Sorten am härtesten getroffen. Bei einem Kleinverkaufspreis von 3 Pig. beträgt z. B. die Steuer 37 o. H., bei einem Kleinverkaufspreis von 10 Pig. dagegen nur 30,8 o. H. Der Kommissar für die verpänderten Einnahmen hatte darüber auch schwere Bedenken gegen diese Art der Besteuerung und erklärte sich nur unter der Voraussetzung damit einverstanden, daß bei einem Nachlassen des Steueraufkommens aus der neuen Steuer auf seinen Antrag der alte Status wieder hergestellt würde. Dieses neue Steuerregime hatte die Folge, daß Zigaretten unter 4 Pig. nur mit Verlust für den Fabrikanten hergestellt werden können. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die an sich sehr uneinige Zigarettenindustrie das Kriegsbeil begräbt und eine gemeinsame Kampffront herzustellen versucht.

Berlinmühlsteuer auf dem Berordnungswege durchzuführen. Reichsfinanzminister Dr. Reichhold hat wegen dieser Frage bereits Fühlung mit den Parteien genommen.

Abschlüsse

Bremer Kreditbank AG. in Bremen. Aus Reingewinn von 108 235 (108 833) K. Dividende von 8 (wie i. V.).

AG. Elektrizitätswerk Osteltingen-Steiger e. G. m. b. H. Osteltingen 571 936 (307 123) K. Reingewinn 88 130 (81 115) K. Abschreibungen und 430 471 K. Kosten Reingewinn 53 315 (40 321) K., aus dem auf die 544 667 K. Geschäftsanteile wieder 6 o. H. Dividende = 32 680 ausgeschüttet, 3278 (6193) K. vorgetragen werden.

Halleische Pfännerhütte AG. zu Halle a. S. Reingewinn 696 122 (200 426) K., aus dem eine Dividende von 6 (6) o. H. auf das gesamte K.R. von 6,4 Mill. K. verteilt und 195 456 K. vorgetragen werden sollen. Bilanz: Bergwertvermögen 1,45 (1,31), Maschinen, Dampftrieb und Betriebsrichtungen 2,90 (3,00), Betriebsgebäude 2,45 (2,04), Schulden 1,43 (1,72), Gläubiger 1,54 (1,51) Mill. K. Das abgelaufene Jahr war nach dem Geschäftsergebnis günstig.

Devisenmarkt

Erneute Frankenschwächung

Am internationalen Devisenmarkt liegt die französische Währung neuerdings schwächer, nachdem aus Amerika unangünstige Nachrichten über die Schuldentilgungsverhandlungen eintreffen. London gegen Paris stellt sich heute früh auf 145,75 (144,75). Auf Nachfragen der Börsenspektanten der Banque de Besse konnte der belgische Franken seine Kurssteigerung nicht weiter fortsetzen und stellt sich heute früh wesentlich schwächer auf 135,5 (133) gegen London. Der italienische Lire, der im Laufe des gestrigen Tages sich vorübergehend auf internationale Spekulationen abschwächte, fanderte in den Abendstunden wieder fester auf kräftige Interventionen und stellt sich nach 121,3 neuerdings wieder auf 120% gegen London, wie schon seit Monaten. Kabel-Schweiz 517 (517,50), London-Schweiz 25,16 (25,18), Paris-Schweiz 17,25 (17,40), Holland-Schweiz 108, Malland-Schweiz 26,80, Kabel-Holland 248,75 (248,75), London gegen Holland 12,10 (12,11), London-Paris nach Beendigung der Ultimataktionen fester 22,35 (22,55), London-Aopenhagen 18,00, London-Stockholm 18,15, London-Madrid 33,65 (33,70), Holland gegen Paris 1205 (1195), Holland-Paris 120% (119,75), Brüssel gegen Paris 108 (108,75), London-Kabel 483,75. International weiterhin sehr fest liegt die japan. Währung mit 1,9950 (1,9880) K., Argentinien 1,6970 (1,70), London 20,42,50, Paris 14,00 (14,10), Zürich 81,20 (81,15), Malland 16,90, Holland 168,80 (168,75), Prag 12,44, Oslo 91,30 (90,55), Aopenhagen 110, Stockholm 112,80 (112,40), Brüssel 15,10, Madrid 60,70 (60,55).

Berliner Metallbörsen vom 27. April

Metalle in Feinmetall für 1 Kg.		28.		27.	
Elektrolyt Kupfer	182,14	1,32 1/2			
Malinade Kupfer	---	---		2,40	2,50
Plat	---	---		3 n. ausl.	---
Nickel (G. Br.)	6,45-6,55	6,45-6,55		Hängring	---
(fr. Best.)	---	---		Nickel	3,45-3,50
Antimon	5,85-5,95	5,95-6,05		Antimon	1,40-1,50
Aluminium	7,35-7,40	7,35-7,40		Silber für 1 Gr.	85,00-0

London, 27. April Metallmarkt (In £ s. d. eng. u. 1016 Ks.)

28.		27.		28.		27.	
Kupfer Kalle	57,65	57,35	bellifect.	61,75	61,50	Wiel	28,85
do. 3 Monat	58,50	58,25	Wiel	---	---	Sint	32,9
do. Elektro	65,50	65,50	Sint	---	---	Quecksilber	14,15
			Sinn Kalle	290,50	279,25	Regulus	---

Schiffahrt

Frachtgeschäft in Duisburg-Ruhrort vom 27. April

Das Geschäft an heutiger Börse war weiterhin sehr still. Für einzelne Meilen aus der Kölner Gegend bergwärts wurden 50 Pig. per Tonne bei freiem Schleppe ab Ruhrort bezahlt. Die Exportfrachten blieben mit 60 bzw. 70 Pig. per Tonne ab Ruhrort und 80 bzw. 90 Pig. per Tonne ab Rhein-Herne-Raal nach Rotterdam unverändert.

Sportliche Rundschau

Handball

Süddeutschland-Weißdeutschland 8:5 (2:2)

Etwa 2000 Zuschauer hatten sich bei herrlichem Wetter in dem prachtvoll gelegenen Stadion des Sportvereins Darrstadt eingefunden...

Aber auch in der süddeutschen Mannschaft war nicht alles befriedigend. Schon in meiner Vorchau hatte ich gegen die süddeutsche Verteidigung starke Bedenken...

am Vortage erlitten hatte, hat sich sofort in des Gegners Hälfte fest. Der Weißdeutsche Torhüter, übrigens der beste Mann auf dem Platz...

Beim Wiederantritt sind zunächst die Grünweißen leicht im Vorteil, sind aber vor dem Tor zu heftig und andererseits ist die süddeutsche Verteidigung jetzt etwas besser...

Der scheidende Richter H. H. Müller, der sein Amt fast einwandfrei versah, das Schlusszeichen.

Hockey

* Hockeystellung D. F. R. 1 - Stuttgarter Riders 1 4:1. Die Mannschaft des D. F. R. besann sich auf ihr früheres Können...

Neues aus aller Welt

Der Adler und die Krähen bei Budenz (Borzenberg) hatte der Jagdbesitzer W. A. ein nicht alltägliches Erlebnis. Am sogenannten Gahnderberg vernahm er um 6 Uhr früh ein heftiges Krächzen...

Mannheimer Turnerbund Germania. Unser langjähriges, treues Mitglied, Herr Georg Olivier wurde uns durch den Tod entzogen...

Seltener Gelegenheitskauf in Anzugstoffen. 1 Posten Strapazier-Anzugstoffe 4.95 an, 1 Posten Elegante Anzugstoffe 15.50 an.

zum Bleichen ohne Gleichen. Sil gibt schneeweiße Wäsche in einfachstem Waschen, spart Seife und seiert die Wäsche - Ohne Chlor -

Hans Bader Jane Bader-Schuchardt Vermählung Mannheim, 29. April 1926.

Junger Ausländer Pension. 1. Gemäß § 44 des Aufwertungsgesetzes neben mir befindet sich ein Grundstück...

Ich habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen. Dr. med. Picard Arzt für innere Krankheiten jetzt Friedrichsring 18.

Chaiselongue mit u. ohne Decken, so wie Matrasen, Potentillan, Spiegelstühle in all. Größe, bei Lieferbar.

Günstige Gelegenheit. Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Einzelmöbel. Wer an Asthma, Bronchialkatarrh leidet, dem teile ich völlig kostenlos mit...

Amtliche Bekanntmachungen. Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Die am 19. Dezember 1925 best. der Rinderkrankheit der Gemeindef. Viehbestände...

Q 4.5 Versteigerung Q 4.5. Wegen Auswanderung und aus verschied. Privatverhältnissen veräußert und verkauft werden...

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Die Wähler vom Monat Oktober 1925 sind am 1. A. Nr. 8908 bis 11543 (rote Scheine)...

Werkstätten - Einrichtung. Solort, auch einzeln zu verf., bestehend aus: 1) 1 Vertikal-Drehbank, 100x1000 mm...

Grundstücksversteigerung. Auf Antrag der Erben der Eheleute Valentin Weitzel und Gertrude geb. Pfaff in Mannheim-Neckarau...

Mannheim in Sage und Geschichte. Volkstümliche Erzählungen von Gustav Wiederkehr. Preis: Mk. 6.-

